

Bericht zur Gemeinderatssitzung am 16. November 2017 im Bürgersaal Oberkirchberg

Zu Sitzung begrüßte Bürgermeister Anton Bertele die Mitglieder des Gemeinderates, Frau Haike Wenisch von der Deutschen Telekom, Herrn Dipl.-Ing. Andreas Kramer vom Büro Wassermüller, Herrn Franz Glogger von der Südwest Presse Ulm, Herrn Manfred Kornmayer und Herrn Benjamin Eger von der Verwaltung sowie die Zuhörer. Er stellte fest, dass zur Gemeinderatssitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und das Gremium beschlussfähig sei. Zur Bürgerfrageviertelstunde meldete sich niemand.

Partieller Breitbandausbau durch die Telekom

Bürgermeister Bertele informierte den Gemeinderat, dass die Telekom im Ortsnetz Oberkirchberg Verbesserungen der Breitbandversorgung plane. Frau Haike Wenisch berichtete, dass die Telekom 3 sogenannte Kabelverzweiger im Nahbereich um die Vermittlungsstelle in der Schillerstraße 30 mit Glasfaserkabel anschließt und durch „Vectoring“ aufgerüstet. Damit könnten ca. 460 von diesen Kabelverzweigern versorgten Haushalte über die bestehenden Kupferleitungen eine höhere Bandbreite mit bis zu 50 MBit Leitungsgeschwindigkeit erhalten. Die Telekom sei aufgrund einer Rechtsänderung dazu sowohl berechtigt als auch sogar verpflichtet und wolle dies im Jahr 2018 durchführen. In weiteren ein bis zwei Jahren könne über „Super-Vectoring“ eine Bandbreite bis zu 120 MBit erreicht werden. Bei der Vectoring- bzw. Super-Vectoring-Technologie handle es sich um eine Brückentechnologie für die nächsten Jahre, weil man bei Kupferleitungen an deren physikalischen Grenzen gelange, während Glasfaserleitungen bis in jedes Haus tausende Mbit/s übertragen könnten. Der komplette Glasfaserleitungsbau sei für das nächste Jahrzehnt unumgänglich.

Aus dem Gremium wurden verschiedene Fragen zur Auswirkung auf das von Landkreis und Gemeinde geplante Backbone und Ortsnetz gestellt. Hierbei handelt es sich um das Hauptverteilernetz in Glasfasertechnologie. Alle Landkreisgemeinden sowie der Landkreis und obendrein mehrere Landkreise hatten sich zusammengeschlossen, weil von privaten Netzbetreibern keine bzw. nur unzureichende Netzverbesserungen angegangen wurden.

Regenüberlaufbecken – Vorstellung der weiteren Planung

Herr Dipl.-Ing. Andreas Kramer vom Büro Wassermüller aus Ulm erläuterte die notwendigen Maßnahmen. Es sind dies die Betonsanierungen sowie die Überlaufschwellerhöhung am Regenüberlaufbecken (=RÜB) beim Hebewerk, der Einbau von Messeinrichtungen sowie Anpassungen der Abflussdrosseln in den einzelnen RÜB.

RÜB beim Hebewerk – Betonsanierung und Schwellenerhöhung

Herr Kramer beschrieb die bestehen Rostausbüchungen und Betonabplatzungen an der Decke, Betonabplatzungen an Wand und Stützsockeln sowie Auswaschungen der Zementanteile an den Wänden. Vorgesehen sei die Sanierung durch Abstrahlen und Neubeschichten der Decken, Stützen, Wände und Böden. Zusätzlich solle an den Stützen und Wänden eine Hohlkehle hergestellt werden. Die Bruttokosten bezifferte er hierfür auf voraussichtlich ca. 292.000 €.

Bezüglich der Überlaufschwellerhöhung zur Volumenerweiterung erinnerte er an die umfangreichen Untersuchungen bei den Anliegern im Einzugsbereich. Die Erhöhung der Überlaufschwelle ist notwendig, um die Volumenerweiterung entsprechend der wasserrechtlichen Erlaubnis herzustellen. Diese soll durch ein zusätzlich einzubringendes Edelstahlblech mit entsprechender Verankerung nach statischer Berechnung erfolgen. Die Bruttokosten dafür erwartete er in Höhe von 54.000 €.

Einbau von Messeinrichtungen

Nach der wasserrechtlichen Vorgabe sind die Regenüberlaufbecken mit Einrichtungen zur Überwachung von Einstau- bzw. Überlaufdauer und Überlaufhäufigkeit auszustatten.

Die Nachrüstung der Messeinrichtungen muss bis spätestens 30.06.2019 erfolgen. Die Kostenschätzung hierfür lautet brutto 113.000 €.

Anpassung der Abflussdrosseln

Als weitere Position sind nach den Worten von Herrn Kramer die Abflussdrosseln in 4 Regenüberlaufbecken anzupassen. Die Bruttogesamtkosten hierfür schätzte er auf 155.000 €.

In der Beratung regte ein Gemeinderat an, beim Regenüberlaufbecken an der Mündelstraße den Austrag von Schwemmstoffen besser zurückzuhalten, um eine Verunreinigung des Mündelbachs im Naturschutzgebiet zu vermeiden.

Ingenieur Kramer erläuterte und belegte mit Fotoaufnahmen, dass in diesem RÜB bereits vor Jahren eine sogenannte „Kulissentauchwand“ eingebaut worden sei, die gerade solche Schwemmstoffe zurückhalten soll. Im Falle dieses Regenüberlaufs gebe es hierzu keine technischen Alternativen oder Verbesserungsmöglichkeiten. Sowohl vom Landratsamt Neu-Ulm als auch vom Landratsamt Alb-Donau-Kreis wurde dies bereits bestätigt. Mit der Installation von Überlaufmesseinrichtungen könne aber künftig die Häufigkeit überwacht und dokumentiert werden, sodass sich bessere Rückschlüsse ziehen lassen.

Die notwendigen Arbeiten im Abwasserbereich mit geschätzten Gesamtkosten von 614.000 € sollen nun ausgeschrieben und möglichst ab April 2018 ausgeführt werden. Dabei müssten allerdings Regenfälle bzw. insbesondere Starkregen und eventuelle Hochwässer berücksichtigt werden. Die Ausschreibungen wurde sodann einstimmig beschlossen.

Sportförderung

Jährliche Jugend sportförderung und Investitionsförderung

Mit Beschluss vom 15.05.2014 wurde die Sportförderung für die Vereine KSV, TSG, Schützenverein Tell und Schützenverein Hubertus umgestellt und nur noch jugendliche Mitglieder bis 18 Jahre bei der Bezuschussung berücksichtigt. Zuletzt wurde hierfür ein Zuschuss von 45,00 € / jugendliches Mitglied festgesetzt. Aus den gemeldeten Zahlen jugendlicher Mitglieder ergab sich daraus ein Gesamtzuschuss in Höhe von 23.535 €, davon erhält die TSG 9.360 €, der KSV 13.590 €, der Hubertus-Schützenverein 405 € und schließlich der Tell-Schützenverein 180 €. Dies wurde einstimmig so beschlossen.

Im Haushaltsplan 2017 wurden wieder 5.000 € hinsichtlich einer ca. 30%igen Investitionsförderung eingestellt. Für die jeweiligen angemeldeten Investitionen wurde eine Förderquote von 30 % beschlossen und somit erhalten die Tell-Schützen 748,25 €, die Hubertus-Schützen 385,76 €, die TSG 4619,84 € sowie der KSV 1.452,80 €.

Sportförderung – Antrag des KSV auf Einrichtung eines Beachvolleyballfeldes

Der KSV Unterkirchberg e. V. plant die Errichtung eines Beachvolleyballfeldes mit 2 Spielflächen westlich der neuen Sporthalle. Die Kosten wurden zunächst auf knapp 45.000 € geschätzt und beim WLSB zur Förderung angemeldet.

Als Mitinitiator erläuterte Gemeinderat Dr. Oliver Zeeb das Vorhaben und wies darauf hin, dass laut WLSB mit Kosten von ca. 60.000 € zu rechnen sei. Der Verein sei aktuell dabei, die Kostenschätzung zu überarbeiten und die notwendige Fläche vor Ort auszustecken, um die Einbindung in das Umfeld der Halle sichtbar zu machen. Der KSV bittet die Gemeinde, das Vorhaben zu unterstützen, um die weiteren Planungen vorantreiben und mit der Gemeinde abstimmen zu können.

Bürgermeister Bertele hatte die Vereinsvertreter Ende Oktober zum WLSB begleitet. Er empfahl dem Gemeinderat, dem Verein für die weiteren Planungen ein positives Signal für das Vorhaben zu geben. Dies stelle gleichzeitig einen Einstieg zur Schaffung der Außensportanlagen bei der neuen Sporthalle dar. Die weiteren Planungen und Regelungen

seien noch auszuarbeiten. In der Diskussion kam zum Ausdruck, dass das Gremium das Vorhaben einvernehmlich unterstützt.

Antrag des Schützenvereines Tell zur Anpassung an neue Sicherheitsstandards

Aus der letzten Jahreshauptversammlung berichtete der Bürgermeister, dass aufgrund neuer Sicherheitsvorschriften der Schießstand umgerüstet werden müsse. Die Planungen sind jedoch erst im Gange und es liegen noch keine Kostenschätzungen vor. Die Förderung dieser erforderlichen Investitionen komme somit bei der nächsten Beschlussfassung über die Sportinvestitionsförderungen aufs Programm.

Breitbandausbau

Backbonetrasse/Straßenbeleuchtungskabel - Sporthalle nach Buch

Im Zuge der Leerrohrverlegung für das zukünftige Backbone empfahl Ordnungsamtsleiter Benjamin Eger die Mitverlegung eines Stromerkabels zum zukünftigen Aufbau einer Straßenbeleuchtung von der Sporthalle nach Buch. Alternativ könne eine Mitverlegung nur bis zum Feldweg in Richtung Hölderlinstraße oder auch zusätzlich entlang des Feldwegs bis zur Hölderlinstraße vorgesehen werden.

Erfahrungsgemäß werden Straßenleuchten in einem Abstand von ca. 40 bis 50 m aufgestellt. Damit seien folgende Bauabschnitte zu besprechen:

- Sporthalle – Feldweg in Richtung Hölderlinstraße, 750 m mit ca. 15 Straßenleuchten
- Feldweg in Richtung Hölderlinstraße – Buch, 325 m mit ca. 6 Straßenleuchten
- Feldweg bis zur Hölderlinstraße, 250 m mit ca. 5 Straßenleuchten

Bei der Entscheidung, ob eine Straßenbeleuchtung im Außenbereich errichtet werden soll, sind ebenfalls ökologische Aspekte (z. B. Lichtverschmutzungen, Auswirkungen auf Fauna) zu berücksichtigen. Hinzu kommt, dass zur Aufstellung der Straßenleuchten eine ausreichend breite Fläche neben dem Weg zur Verfügung stehen muss, um Beschädigungen durch breite Landmaschinen zu vermeiden. Dies ist insbesondere beim Feldweg zur Hölderlinstraße nur mit Grunderwerb möglich.

Aus dem Gemeinderat wurde vorgeschlagen, die Eigentümer der beidseits des Feldweges in Verlängerung der Hölderlinstraße gelegenen Grundstücke um Grundabgabe für die Straßenbeleuchtung zu bitten. Nach kurzer Diskussion wurde einstimmig beschlossen, die Stromkabel für die Straßenbeleuchtung von der Sporthalle bis Buch mitverlegen zu lassen. Nachdem in dem Feldweg keine Breitbandrohrre verlegt werden, soll ein Stromkabel erst dann eingebaut werden, wenn eine Straßenbeleuchtung mittels Grundabgabe errichtet werden kann.

Beutelreusch - Kollokation

In Beutelreusch ist im Zuge der Backbonetrassenverlegung (aus Richtung Gewerbegebiet Gassenäcker) die Aufrüstung des dortigen Kabelverzweigers durch und auf Kosten der Gemeinde mit einem Multifunktionsgehäuse vorgesehen. Es ist zu erwarten, dass sich damit auch in Beutelreusch eine Erhöhung des Bandbreitenangebotes realisieren lässt – allerdings in Abhängigkeit von der Entfernung jedes einzelnen Hauses von diesem Kabelverzweiger.

Backbone – Kostenschätzung

Mit E-Mail vom 26.10.2017 teilte die Fa. GeoData mit, dass bei der Kalkulation der Kostenschätzung ein Fehler unterlaufen sei, indem ein wesentlicher Teil der Trasse in unbefestigter Oberfläche nicht berücksichtigt wurde. Dieser Fehler sei dem verantwortlichen Mitarbeiter unerklärlich. Damit erhöhen sich die Gesamtkosten, die jedoch zu 80 % gefördert werden und im Gefolge ein um ca. 24.000 € höherer Eigenanteil der Gemeinde. Dies wurde vom Gemeinderat zwangsläufig billigend zur Kenntnis genommen.

Geschäftsordnungsantrag eines Gemeinderates

Ein Gemeinderat meldete sich mit einem Geschäftsordnungsantrag zu Wort: „Ich stelle den Antrag zu prüfen, ob bei der Wahl der stellvertretenden Bürgermeister eine Reihenfolge festgelegt wurde und ob sich der Bürgermeister an diese Reihenfolge bei der Vertretung halten muss; des Weiteren möchte ich geprüft haben, wenn ein Gemeinderat eine Funktion nicht mehr ausüben kann, wie diese Funktion neu besetzt werden kann.“

Der Antrag wurde einerseits mit einem Vertrauensverlust sowie mit Angriffen auf den Bürgermeister und/oder die Verwaltung begründet. Seit der Gemeinderatssitzung im Februar verlaufe keine Sitzung ohne einen Angriff auf den Bürgermeister und/oder die Verwaltung, die stets qualitativ gute Arbeit gemacht hätten. Im Besonderen habe sich dies wieder in der Sitzung vom Oktober erwiesen. Gezeigt hätte sich dies auch beim Thema Nahversorgung. Es habe bisher nur einen einzigen Bewerber gegeben und der Bürgermeister habe alles getan, um diesen Supermarkt zu verwirklichen. Man gebe 20.000 € für Gutachten aus, während das Ergebnis schon bekannt sei. Abschließend forderte er den betreffenden Bürgermeisterstellvertreter auf, zu seinem Wort zu stehen und von diesem Posten zurückzutreten.

Zwei Gemeinderäte kritisierten den Vortrag und fragten, ob sie sich derlei anhören müssten. Ein weiterer Gemeinderat stellte fest, dass auch der Geschäftsordnungsantragsteller schon massiv angegriffen worden sei.

Der vom Geschäftsordnungsantrag betroffene Gemeinderat und stellvertretende Bürgermeister stellte dazu fest, dass er auf diesem Niveau nicht antworten werde.

Bürgermeister Bertele kündigte abschließend an, den Geschäftsordnungsantrag wegen Mitbetroffenheit/Befangenheit dem Landratsamt vorzulegen und gemeinsam zu prüfen.

Haushaltsplan 2018

Festlegung der Realsteuerhebesätze

Für die Haushaltsplanung 2018 waren vom Gemeinderat die Hebesätze festzusetzen. Eine Änderung wirkt sich voll auf die Gemeindekasse aus und fließt nicht in Umlagen oder Finanzausgleich ein. Bürgermeister Bertele wies darauf hin, dass die Hebesätze den seit 2006 geltenden Mindestanforderungen des Ausgleichsstockes entsprechen. Zudem habe man es geschafft, mit den im landkreisweiten Gemeindevergleich unterdurchschnittlichen Steuersätzen aus der Verschuldung herauszukommen und überdies trotz Sporthallenbau ansehnliche Rücklagen aufzubauen. Steuererhöhungen hielt er daher nicht für angebracht.

Vergleich im Alb-Donau-Kreis HHJahr 2017:

| | Grundsteuer A | Grundsteuer B | Gewerbsteuer |
|------------------|---------------|---------------|--------------|
| Durchschnitt | 328,80 | 315,50 | 343,60 |
| Höchster Satz | 375,00 | 380,00 | 370,00 |
| Niedrigster Satz | 300,00 | 290,00 | 330,00 |

Einstimmig wurde sodann beschlossen, die Realsteuerhebesätze unverändert wie folgt zu belassen (320 Grundsteuer A, 300 Grundsteuer B, 340 Gewerbsteuer).

Haushaltsvorberatung

Das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre bis 2021 war vor allem bestimmt durch hohe Ausgaben im Kindergarten- und Schulbereich, darunter ein neuer 5-gruppiger Kindergarten mit 4,1 Mio. €, zwei Gebäude zur Kernzeitbetreuung für insgesamt 2,8 Mio. € sowie eine Kapitalumlage zum Ausbau der Gemeinschaftsschule in Staig mit 1,2 Mio. €. Etwa 3 Mio. € sind für Erschließungsmaßnahmen in einem Neubaugebiet sowie Straßen-

und Tiefbaumaßnahmen (Wasser, Kanal) vorgesehen. Mit 0,65 Mio. € schlagen Beschaffungen gemäß dem kürzlich beschlossenen Feuerwehrbedarfsplan sowie 0,5 Mio. € Zuschuss zur Sanierung der TSG-Halle zu Buche. Der Ausbau der Backbonetrasse zur Glasfaserverkabelung ist mit 413.000 € veranschlagt, die Befestigung des Grüngutannahmeplatzes, um Grundwasserverschmutzungen durch Sickerwässer zu verhindern, wird 120.000 € kosten. Für Grunderwerbe beinhaltet der Haushaltsentwurf 2,4 Mio. €.

Teilweise sind für die gesamten Maßnahmen auch Zuschüsse zu erwarten, dennoch sind zum Haushaltsausgleich in den nächsten 4 Jahren vorsorglich Kreditaufnahmen bis zu 1,3 Mio. € einkalkuliert.

Ferner wurden eine Reihe kleinerer Maßnahmen, insbesondere auch Reparatur- und Sanierungsmaßnahmen, im Verwaltungshaushalt durchgesprochen.

Aus der Mitte des Gemeinderats kamen noch Vorschläge wie z .B. Mittel für eine Verlegung des Festplatzes vorzusehen, mit Veranschlagungen für künftige Außensportanlagen bei der Sporthalle ein Signal zu senden, Mittel für eine Beachvolleyballanlage aufgrund der erhöhten Kostenvermutung durch den WLSB entsprechend auf 20.000 € Gemeindeanteil zu erhöhen, Mittel für einen Kreisverkehr an der Einmündung Unterweiler Straße/Hauptstraße einzustellen und eine Gehwegverlängerung an der Unterweiler Straße wieder aufzugreifen, Mittel für Photovoltaikanlagen auf Gemeindegebäuden zu planen oder auch sogenannte Insektenhotels und Schwalbenhäuser anzugehen.

Im Übrigen wird der Planentwurf gebilligt.

Baugesuche

Es gab in der Sitzung lediglich ein Baugesuch zu behandeln, nämlich die Verlängerung für den Umbau und Modernisierung eines Wohn- und Geschäftshaus mit 6 Wohneinheiten an der Hauptstraße. Die Zustimmung wurde einstimmig erteilt.

Sonstiges, Bekanntgaben

Dorfmeisterschaft des Schützenvereins Hubertus - Ergebnis

Bürgermeister Bertele freute sich, den 1. Platz bei der Dorfmeisterschaft der Hubertusschützen in Beutelreusch mit 362 zu verkünden. Er dankte allen Teilnehmern aus dem Gemeinderat und rief gleich zur Teilnahme bei der Hühnerjagd der Tellschützen auf.

Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge

Bürgermeister Bertele wies auf Überlegungen zur Aufstellung einer Ladesäule für Elektromobile (Autos/E-Bikes/Pedelecs) hin. In einer Umfrage habe der Alb-Donau-Kreis festgestellt, dass es im gesamten Landkreis im Moment 36 öffentliche und private Ladestellen für Elektrofahrzeuge gibt. Davon entfallen 16 auf E-Bikes und Pedelecs sowie 20 auf Elektroautos. In Planung sind weitere 40 Ladestationen (17 für E-Bikes/Pedelecs und 23 für Elektroautos). In Betracht kämen insbesondere Einkaufsstätten und daher habe er bei der Netto-Zentrale angefragt. Ähnlich wie bei anderen Supermarktketten gäbe es dort konkrete Überlegungen, durchgängig für alle Filialen ein einheitliches System einzuführen, allerdings seien noch einige Details wie z. B. Winterdienst bei Nacht, Haftungsfragen usw. zu klären.

Mangels ausreichender Parkplatzzahl mit erforderlicher mehrstündiger Parkzeit/Ladezeit lasse sich nach Einschätzung des Bürgermeisters eine geeignete Möglichkeit hierfür beim Rathaus nicht schaffen. Andere geeignete Plätze mit hoher Publikumsfrequenz beständen nicht. Er rief dazu auf, sich Gedanken über geeignete Aufstellorte zu machen.

Ausschreibungsergebnis für den Fußweg zur TSG-Halle

Nach öffentlicher Ausschreibung gingen nur 2 Angebote ein. Der Auftrag wurde an die Fa. Schwall zum Angebotspreis i. H. v. 109.645,89 € (einschl. Wasserleitung und Leerrohren) vergeben. Baubeginn soll noch im November 2017 sein. Die Anlieger wurden beteiligt und erhielten Angebote zur Erneuerung der Wasserleitungshausanschlüsse.

Umstellung bei der Wasserzählerablesung

Vom Gemeindeverwaltungsverband wurde die Erfassung der Zählerstandsmeldungen umgestellt. Die Ablesung der Wasserzähler läuft dieses Jahr erstmals in Zusammenarbeit mit der Firma derago und Post Com. Die Grundstückseigentümer erhalten wie bisher eine Ablesekarte zugesandt. Der Ablesezeitraum ist auf 18.12.2017 bis 08.01.2018 festgelegt. Die ausgefüllte Zählerkarte kann der Bürger in diesem Zeitraum dann in einen Briefkasten der Deutschen Post einwerfen. Das Porto übernimmt wie bisher der Empfänger. Bei nicht abgelesenen Zählern wird der Verbrauch wie bisher geschätzt. Es gibt auch die Möglichkeit, wie bisher den Zählerstand online mitzuteilen. Dazu wird auf der Homepage ein neuer Link veröffentlicht.

30 Jahre Städtepartnerschaft zwischen Brives-Charensac und Illerkirchberg

Im Jahr 1988 wurde die Städtepartnerschaft zwischen Brives-Charensac und Illerkirchberg gegründet. Getragen war die Partnerschaft aus dem europäischen Gedanken heraus zur Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen der ehemaligen Kriegsgegner Deutschland und Frankreich. Vom 21. bis 24.07.2018 wird nun in Illerkirchberg das 30-jährige Gründungsjubiläum der Städtepartnerschaft gefeiert und dazu viele Franzosen aus der Partnerstadt erwartet. Der Bürgermeister bat die Gemeinderatsmitglieder ebenfalls um tatkräftige Unterstützung und Beherbergung der französischen Gäste.

Flurbereinigung Staig-Steinberg

Das Landratsamt Alb-Donau-Kreis lädt alle Teilnehmer am Flurneuordnungsverfahren Staig-Steinberg zu einer Teilnehmersammlung am Donnerstag, 07.12.2017 um 19:00 Uhr in den Bürgersaal Staig ein. Es wird hierbei insbesondere über den Entwurf des Wege- und Gewässerplans mit landschaftspflegerischem Begleitplan informiert.

Tempo 30 beim Kindergarten Oberkirchberg

Die Verwaltung hatte sofort nach der Bekanntgabe der Neuregelungen über Tempo 30 im Bereich von Kindergärten beim Landratsamt eine entsprechende Anordnung angeregt. Nach Überprüfung der Angelegenheit bei der letzten Verkehrsschau wurde nunmehr für den Bereich des Kindergartens Oberkirchberg an der Landesstraße Tempo 30 für die Zeit von Montag bis Freitag von 07:00 bis 17:00 Uhr in beiden Richtungen angeordnet. Die Beschilderung wird in der nächsten Zeit erfolgen. Die Geschwindigkeitsüberwachungsanlage wird an die neue Regelung angepasst.

Gutachten zur geplanten Nahversorgung in Oberkirchberg

Bürgermeister Bertele gab bekannt, dass das Gutachten des Büros imakomm nun vorliege und dieses dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung vorgestellt werde.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung folgte noch ein nichtöffentlicher Teil.